

Australiens Küsten sind für Flüchtlinge felsig

Statt im «lucky country» landen Bootsmigranten in Indonesien

Sorge des IKRK um Vertriebene

Opfer der Kriege – und Kategorien

Australien nimmt jedes Jahr mehr als 13 000 Flüchtlinge auf. Die konservative Opposition wirft der Regierung vor, mit ihrer Asylpolitik die Türen zu weit zu öffnen. Die Zunahme von Bootsmigranten wird für innenpolitische Ziele ausgeschlachtet.

René Vautravers, Sydney

Erstmals seit dem Machtwechsel von Ende 2007 scheint die konservative Opposition in Australien ein Thema gefunden zu haben, das die Labor-Regierung von Kevin Rudd in Bedrängnis bringen könnte. Seit mehreren Wochen werden im Repräsentantenhaus hitzige Debatten über die zunehmende Zahl von Südstasiern aus in überfüllten und kaum seetauglichen Booten versuchen, Kurs auf den fünften Kontinent zu nehmen. Rudd glaubt, die Herausforderungen mit der sogenannten «indonesischen Lösung» bewältigen zu können.

Präzedenzfall verhindern

Die bilateralen Beziehungen zum grossen Nachbarland im Nordwesten sind ausgezeichnet. Indonesiens Präsident Yudhoyono ist deshalb gerne bereit zu helfen. Dieser fühlt sich geschmeichelt, schliesslich ist es Rudd, der sich dafür starkmacht, dass Indonesien künftig eine wichtigere Rolle auf dem globalen Politparkett spielt. Canberra lässt sich die Unterstützung Jakartas einiges kosten. Nicht nur werden die Indonesier bei der Jagd auf Menschenschmuggler finanziell, logistisch und nachrichtendienstlich unterstützt, die Australier sind auch bereit, Mittel zum Bau und Unterhalt von Flüchtlingslagern zur Verfügung zu stellen.

Das Problem ist, dass die Asylsuchenden nicht nach Indonesien wollen. Ihr Ziel ist das «lucky country». Dies zeigt der Fall der 78 aus Sri Lanka stammenden Männer, Frauen und Kinder, die sich weigern, in Indonesien von Bord der «Oceanic Viking» zu gehen, des Schiffs der australischen Zollbehörde, dessen Crew die Flüchtlinge in indonesischen Gewässern aufgriff, nachdem das Boot in Seenot geraten war. Die Weigerung der Sri Lanker ist begreiflich. Jakarta gehört nicht zu den Unterzeichnerstaaten der Uno-Flüchtlingskonvention, es gibt folglich keine Garantie, dass die Gruppe nicht doch am Ende nach Sri Lanka zurückgeschickt wird.

Dass die Tamilen zu Hause nicht willkommen sind, machte der High Commissioner (Botschafter) Colombos in Canberra klar: Er sei sehr glücklich darüber, dass Australien die 78 nicht aufnehme. Es handle sich um Mitglie-



Gestrandete Asylsuchende aus Sri Lanka auf ihrem Holzboot im Hafen von Cilegon in Indonesien.

BEA/WIHARTA / REUTERS

der der Tamil Tigers, um Terroristen, erklärte Senaka Walgampaya. Rudd will mit allen Mitteln einen Präzedenzfall verhindern. Wären die Tamilen direkt ins Auffanglager auf den zu Australien gehörenden Christmas Islands geschickt worden, hätte dies bei anderen Schutzsuchenden die Hoffnung genährt, dass es nicht länger nötig sei, australische Gewässer zu erreichen, um Asyl beantragen zu können. Rudd spielt auf Zeit und hofft, dass die Flüchtlinge nachgeben.

Menschlichere Asylpolitik

Die Opposition in Canberra führt ins Feld, noch nie seien seit dem Machtwechsel so viele Bootsfüchtlinge aufgegriffen worden wie in diesem Jahr. Und sie liefert auch gleich eine Erklärung dafür. Die Labor-Regierung habe mit ihrer gelockerten Asylpolitik die Türen zu weit geöffnet. Es ist durchaus denkbar, dass die Menschenschmuggler ihren verzweifelten «Kunden» vorgeben, es sei einfacher geworden, nach Australien zu gelangen. Und es stimmt auch, dass sich Rudd einer menschlicheren Asylpolitik verschrieben hat als die Vorgängerregierung. Asylsuchende müssen nicht länger für die Kosten ihres Aufenthaltes in einem Auffanglager aufkommen. An den strengen Grenzkontrollen wird aber festgehalten. Geschmacklos

ist die Behauptung des konservativen Vorderbänklers Tony Abbott, Rudd trage die Verantwortung für das jüngste Flüchtlingsdrama vor den australischen Cocos Islands, bei dem 12 von 27 Sri Lankern umkamen, nachdem ihr Boot gekentert war. Auf Druck seiner Partei relativierte er später seine Aussage.

Die Opposition vergisst, dass es in den vergangenen 33 Jahren nur 8 Jahre ohne Bootsfüchtlinge gab. Nach dem Fall von Saigon im Jahre 1975 nahm die damalige konservative Regierung von Malcolm Fraser mehr als 2000 vietnamesische Flüchtlinge auf. Mehr als 12 000 waren es in den Jahren 1999 bis 2001, als John Howard an der Macht war. Insgesamt 128 000 Flüchtlingen gewährte der fünfte Kontinent in den 11 Jahren unter Howard Unterschlupf. Lediglich in den Nachkriegsjahren waren es mehr gewesen. Zunahme und Abnahme von Flüchtlingsströmen haben nichts mit einer strengen oder milden Asylpolitik zu tun, die Schwankungen sind eine direkte Folge von Konflikten und Kriegen. 2008 nahm die Zahl von Asylanträgen von Afghanen weltweit um 85 Prozent zu. 250 000 Tamilen befinden sich derzeit in Sri Lanka in Vertriebenenlagern.

Mit seiner Abschreckungspolitik verfolgte Howard primär innenpolitische Ziele. Er entschied sich für die «pazifische Lösung», schickte die Asyl-

suchenden nach Papua-Neuguinea und Nauru, was sich die dortigen Regierungen mit harten Devisen bezahlen liessen. Oder er liess sie wie sein Labor-Vorgänger Paul Keating in Australien internieren. Unter Howard durften die Flüchtlinge nicht arbeiten. Während Jahren waren sie eingesperrt, bis 90 Prozent von ihnen schliesslich doch der ständige Aufenthalt gewährt wurde. Aber seine Rechnung ging auf. Dank seiner harten Linie gewann er 2001 und 2004 die Parlamentswahlen.

Ein falsches Bild entsteht

Australische Politiker haben geradezu eine Obsession, wenn es darum geht, die Ankunft von Bootsfüchtlingen für ihre Zwecke auszuschlachten. Dies ist insofern bedauerlich, als dadurch das falsche Bild entsteht, Australier seien herzlos. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Es scheint ein Rätsel zu sein, weshalb ein paar hundert Bootsmigranten Canberra in Aufruhr versetzten, während die Zahl jener, die mit dem Flugzeug eingereist sind und deren Visum längst abgelaufen ist, viel höher liegt. Australien kennt keine Einwohnerkontrolle, wer einmal im Land ist, muss sich kaum vor den Behörden fürchten. Aber diese Tatsache kümmert niemanden und zeigt auf, dass die Debatte auf oberflächlichem Niveau geführt wird.

Der IKRK-Präsident Kellenberger hat am Mittwoch dazu aufgerufen, die grosse Zahl von Kriegsvertriebenen besser zu schützen. Er sorgte sich nicht nur um die Insassen von Flüchtlingslagern, sondern besonders um das oft übersehene Gros von geflohenen Zivilpersonen, die behelfsmässig bei anderen Gemeinschaften Unterschlupf gefunden haben. Kellenberger zitierte eine Schätzung von derzeit bis zu 26 Millionen Vertriebenen. Diese bilden offenbar die Mehrheit aller Kriegsoffer. Im humanitären Völkerrecht fehlen ausführliche Bestimmungen für solche Flüchtlinge innerhalb der eigenen Landesgrenzen.

Das IKRK legte eine Untersuchung in acht typischen Kriegsgebieten von Afghanistan und Kongo über die Philippinen bis nach Haiti vor. Daraus ergibt sich, dass etwa die Hälfte der Leute, die direkt von einem Konflikt betroffen sind, für einige Zeit als vertrieben figurieren. Von ihnen finden im Schnitt nur 15 Prozent in organisierten Lagern mit entsprechender Infrastruktur Zuflucht. In der jüngsten Kriegsphase in Pakistan erreichte nur ein kleiner Teil der 2 Millionen Vertriebenen irgendwelche Auffanglager. Mithin wird weltweit eine Mehrheit der Geflohenen von einer Bevölkerung in ruhigeren Landesteilen aufgenommen, die meist selber schon in ärmlichen Verhältnissen lebt, also doppelte Belastung trägt.

Kellenberger skizziert deshalb als Strategie des IKRK, dass über die Lager hinaus nicht nur die Vertriebenen ausserhalb auf humanitäre Nothilfe angewiesen sind, sondern auch ihre Gastgeber-Gemeinschaften. Zudem gilt als oberster Grundsatz, dass die Flucht der Zivilbevölkerung, allenfalls durch Hilfe vor Ort, möglichst zu vermeiden ist. Jegliche Flucht ist immer mit Entbehrungen, Krankheiten, Brutalitäten, Missbräuchen und schliesslich Anpassungsschwierigkeiten im Asyl und erneut nach einer Heimkehr verbunden. «Es kann gar keinen Zweifel geben», rief Kellenberger aus, «dass die Fluchtbewegungen viel geringer wären, wenn offizielle Streitkräfte und bewaffnete Gruppierungen die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts über den Schutz der Zivilbevölkerung besser beachten würden.» In dem IKRK-Bericht heisst es, dass etwa in Afghanistan lediglich 31 Prozent der Bewohner überhaupt etwas von der Existenz der Genfer Konventionen wissen; in den Philippinen sind es sogar nur 19 Prozent.

Kellenberger zeigte sich schliesslich besorgt über das Schicksal der verschleppten IKRK-Mitarbeiter im Sudan und in Tschad. Er verlangte ihre unverzügliche und bedingungslose Freilassung. Als Vorbeugung gegen solche Übergriffe pflegt das IKRK den Dialog mit allen bewaffneten Kräften am Platz.